Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 26 (2000)

Heft: 2

Buchbesprechung: Buchbesprechungen = Recensions critiques = Book reviews

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

BUCHBESPRECHUNGEN / RECENSIONS CRITIQUES BOOK REVIEWS

Die Auswahl der Bücher zur Rezension behalten sich die Redaktion und die beiden für diese Rubrik Verantwortlichen vor. Unverlangt eingesandte Buchbesprechungen werden nicht veröffentlicht.

Le choix des livres qui font l'objet d'une recension critique est effectué par la rédaction et par les deux responsables de cette rubrique. Les recensions non sollicitées ne sont pas publiées.

Books to be reviewed are selected by the Editor and the two Book Review Editors. Unsolicited reviews are not published.

Gregor Husi und /Marcel Meier Kressig, *Der Geist des Demokratismus. Modernisierung als Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit*, Westfälisches Dampfboot, Münster, 1998, 461 Seiten.

Der vorliegenden Publikation liegen zwei Berner Dissertationen zur Theorie der Moderne zugrunde. Es geht zum einen um die Arbeit von Gregor Husi „Freiheit und Gleichheit – Ein Beitrag zur Soziologie der Moderne" und zum anderen um die von Marcel Meier Kressig verfasste Schrift „Sicherheit – Zur Entdeckung und Wiederentdeckung eines zentralen Wertes der Moderne". Die Publikation ist somit zwar eine Synthese zweier Arbeiten; sie selbst ist jedoch mehr als die Summe der Teile. Der Leser hat nämlich keinen Eindruck, als ginge es dabei um Synopse zweier Studien zur Ideengeschichte. Dies ergibt sich aus einem gelungenen Bezug des analytischen und des synthetischen Teiles aufeinander.

Als Ausgangspunkt dient den Autoren das Unbehagen mit der inhaltlich-begrifflichen Deutungsvielfalt der Moderne. Sie selbst gehen vom Begriff einer multiplen Moderne aus, wobei ihr Augenmerk auf gesellschaftliche Sub-Systeme der Politik, der Wirtschaft und der Kommunität gelenkt wird.

Husi und Kressig konstatieren in den existierenden Theorien ein prozessuelles Verständnis der Moderne (im Sinne der Modernisierung), das um Prozesse der Differenzierung, Individualisierung, Rationalisierung und Neuerung oszilliert. Diesem Verständnis stellen Husi und Kressig das Konzept der Moderne als Wertverwirklichung gegenüber. Als Grundlage dafür wird die Wissenschaftslehre und die Religionssoziologie Max Webers herangezogen. In Anlehnung an Weber vertreten die Autoren die Auffassung, dass die soziale Wirklichkeit von Menschen nach Wertideen geschaffen wird. Der Mensch sei somit ein Kulturmensch, der die soziale Wirklichkeit (das praktische Wollen und Handeln) nach deren Kulturbedeutung interpretiert. Die Wertverwirklichungslehre von Weber wird durch Hussi und Kressig systematisiert und in neue begrifflich-theoretische Bahnen gelenkt. Die Ausdifferenzierung des Weberschen Werkes wird in verschiedenen Schemata erklärt und resümiert. Die Autoren analysieren u. a. die Möglichkeit der Konflikte zwischen den Werten und Wertinterpretationen, die auf Spannungsverhältnisse innerhalb der Wertsysteme hindeuten können. Folglich wird die Bedeutung der Ideen und Interessen bei Weber in ihrem Verhältnis zu Werten ausgearbeitet. Dies erlaubt einen besseren Zugang zum Konzept der Wertverwirklichung. Anschliessend betrachten die Autoren das Konzept der Wertverwirklichung in bezug auf Kultur, Persönlichkeit und Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund gilt es die Verwirklichung von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit als die politische Moderne

zu analysieren. Als die Initialzündung der politischen Moderne wird die demokratische Revolution der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts präsentiert, wobei als Voraussetzung dafür der Glaube an die Machbarkeit des Sozialen (mit dem Ziel der Daseinsverbesserung) unter Anleitung der Werte Freiheit, Gleichheit und Sicherheit (Geist des Demokratismus) gewürdigt wird. Zu diesem Zweck rekonstruieren die Autoren die Entwicklung der politischen Werte im 18. und 19. Jahrhundert. Dabei wird auch auf andere Werttriaden (z. B. Gleichheit, Freiheit, Gerechtigkeit) eingegangen. Das Hauptliegen bleibt jedoch die Erörterung der Demokratisierung des Sozialen. Diese findet den Autoren zufolge in drei Phasen statt: Erweiterung des Staatsbürgerstatus, Inklusion, Wertgeneralisierung und Politisierung. In der Publikation heisst es jedoch nicht, dass die Moderne ausschliesslich ein Projekt ist. Die Autoren sprechen dabei unmissverständlich von sozialen Prozessen der Modernisierung. Die Wertverwirklichung ist dabei die politische Komponente der Moderne, wobei auch partielle Wertverwirklichtheiten ausgelotet werden können. Der Demokratismus wird als ein Kulturspezifikum betrachtet, welches Ausbreitung u. a. durch historische Ereignisse und deren Interpretationen durch Intellektuelle fand.

Im zweiten, synthetischen Teil der Arbeit werden drei Studien zu Begriffs- und Ideengeschichte und Begriffs- und Ideenanalyse der Trias Freiheit, Gleichheit, Sicherheit durchgeführt. Die Autoren systematisieren eine Überkomplexität an Literatur, so dass die Publikation den Anspruch der bibliographischen Vollständigkeit erheben kann.

Husi und Kressig rezipieren und dekonstruieren sowohl die Schriften der Klassiker wie Hobbes, Kant, Rousseau, Durkheim und Marx als auch die Ideen der gegenwärtigen Theoretiker der Moderne wie Luhmann, Habermas, Lepsius, Bourdieu, Münch und Offe.

Die hermeneutische Vorgehensweise ergänzt dabei sinnvoll den zweiten Teil. Es werden z. B. Kommentare der Intellektuellen aus der Zeit der Französischen Revolution herangezogen. Auffällig ist jedoch, dass auch im ersten Teil die Hermeneutik die Analyse des Werkes Max Webers durchdringt. Es scheint etwas redundant zu sein, wenn die Autoren Max-Weber-Analytiker die Frage beantworten lassen, inwiefern der deutsche Soziologe ein Nietzscheaner oder ein Neokantianer war. Die vielfältigen Interpretationen Webers, sowohl durch seine Zeitgenossen als auch durch gegenwärtige Sozialwissenschaftler, zeigen nämlich keinen klaren Ausweg aus dem komplexen Dschungel von Deutungen der intellektuellen Wurzeln Webers.

Die These der Wertverwirklichung legt nahe, dass die politische Entwicklung in der Moderne grundsätzlich unter dem Einfluss wertbezogener Faktoren vonstatten ging. Die Gesellschaftsdynamik ergibt sich, so lassen es die Autoren verstehen, aus dem Einfluss der Ideen auf das Wertsystem und die Wertinterpretationen sozialer Akteure.

Interessant wäre eine Fortsetzung dieser These in bezug auf Theorien der Postmoderne. Wichtige Arbeiten hat dazu bereits Zygmunt Baumann geleistet (insbesondere mit seinen Büchern: „Unbehagen in der Postmoderne", „Moderne und Ambivalenz" sowie „Der Mensch im Globalisierungkäfig"). Auch Baumann geht davon aus, dass sich die Moderne durch eine Werttrias theoretisch bestimmen lässt (Freiheit, Sicherheit, Brüderlichkeit). Für die Postmoderne sind hingegen die Werte der Freiheit, der Vielfalt und der Toleranz ausschlaggebend.

Im Unterschied zu Husi und Kressig betont Baumann viel stärker das spannungsgeladene Verhältnis zwischen den Werten, da diese von menschlichen Bedürfnissen abgeleitet werden. Für die Autoren der vorliegenden Publikation werden Sozialwelten jedoch nach Werten gestaltet, die nicht weiter begründbar sind.

Somit spielt die Kultureigenartigkeit des Abendlandes für Baumann weniger eine Rolle. Für Husi und Kressig ist die politische Moderne unauflöslich mit dem Geist des Demokratismus verbunden. Eine natürliche Fortsetzung dieses Gedankenganges wäre die Frage nach dem Geist der Antimoderne (Faschismus, Kommunismus) als ein Gegenpart oder ein notwendiger Teil der Moderne sowie die Frage nach der heutigen „zweiten Moderne", wie der Demokratismus jenseits des Nationalstaates bezeichnet wird.

Summa summarum bieten Husi und Kressig einen gelungen Versuch der synthetischen Beschäftigung mit einem überkomplexen Thema. Angesichts des Reichtums an Ideen, Konzepten und Theorien lässt sich das Buch ebenfalls als Grundlage für entsprechende akademische Lehrveranstaltung anwenden.

Ireneusz Pawel Karolewski
Lehrstuhl für Politische Theorie
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Universität Potsdam

Patrick Ziltener. *Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit,* Westfälisches Dampfboot Münster, 1999, 272 Seiten, SFR 44.50.

Seit der Wiederbelebung der europäischen Einigung in den 80er Jahren, hat auch die sozialwissenschaftliche Forschung dieses Integrationsprozesses zugenommen. Die neue Integrationsdynamik ist jedoch kaum mit den traditionellen Theorien der Internationalen Beziehungen erklärbar, noch entspricht die veränderte Europäische Union dem bisherigen Verständnis einer internationalen Organisation. Was hat sich seit den ersten Versuchen europäischer Einigung an den Rahmenbedingungen und in der Integrationspolitik verändert? Diese Frage steht im Zentrum Patrick Zilteners Studie, die als Dissertation an der Universität Zürich 1997 angenommen wurde. Das ambitionierte Ziel des Autors ist es, den Strukturwandel des europäischen Integrationsprozesses als Teil einer umfassenden Veränderung von „Staatlichkeit" zu erklären. Sein Ansatz geht über die gängigen politikwissenschaftlichen Integrationstheorien, die noch immer durch den Streit zwischen neo-funktionalistischer und intergouvernmentalistischer Schule geprägt sind, hinaus und versucht eine interdisziplinäre Erweiterung zu einer „europäischen Staatstheorie", die Ansätze aus der politischen Ökonomie und Makrosoziologie verbindet.

Den Gepflogenheiten von Dissertationen folgend, teilt sich auch diese Arbeit in einen theoretischen und einen empirischen Teil, wobei die Unterkapitel jeweils mit Schlussfolgerungen enden, was leider die notwendige gegenseitige Durchdringung von Theorie und Empirie erschwert. Im theoretischen Teil, den der Autor als „Prolegomena" bezeichnet, werden die Schwierigkeiten gängiger Integrationstheorien skizziert. Sie vermögen kaum die Diskontinuitäten, Spannungen und historisch bedingten Veränderungen des europäischen Integrationsprozesses zu erklären. Um die exogenen und endogenen „Determinanten von Staatlichkeit" zu erfassen, bedarf es nach Ziltener, und darin liegt des Autors originärer Beitrag, der Verbindung von Weltsystemtheorien, die die weltwirschaftlichen Konstellationen berücksichtigen, und der Regulationstheorie, die den Wandel der kapitalistischen Produktionsregime aufzeichnen. Grob verkürzt: der Triadenwettbewerb (USA-Europa-Asien) und die postfordistische Wirtschaft erfordern heute neuartige Steuerungsformen als zur Zeit der US-dominierten industriellen Aufbauphase des Nachkriegseuropas.

Um den diskontinuierlichen Strukturwandel von „Staatlichkeit" hervorzuheben,

verwendet der Autor die Gegenüberstellung zweier Idealtypen, die er der Regulationsschule entlehnt: der „keynesianisch-korporatistische Wohlfahrtsstaat" und der „Schumpeterianische Leistungsstaat". Während Ersterer, der nachfrageorientierte und wirtschaftsinterventionistiche Staatstypus, die ersten Nachkriegsjahrzehnte dominierte, findet unter dem erhöhten internationalen Wettbewerbsdruck seit den späten 70er Jahren eine Hinwindung zur Innovationsförderung und angebotsorientierter Wirtschafts- und Finanzpolitik statt. Auch wenn Ziltener den Begriff von „Staatlichkeit" leider nirgends definiert, so wird doch aus der Wahl der Ansätze und idealtypischen Konzepte deutlich, dass er seine abhängige Variable nicht alleine als legitime und legale Herrschaftsausübung innerhalb eines Territoriums, sondern als weitergehende Steuerung (*governance*) des Wirschafts- und Gesellschaftssystems durch politische Akteure und gesellschaftlicher Interessengruppen versteht. Ob die idealtypischen Regulationsregime als theoretische Matrizen zur Beschreibung des Strukturwandels von europäischer Integration nützlich sowie zu deren Erklärung hilfreich sind, kann nur eine empirische Überprüfung zeigen.

Der zweite, empirische Teil der Arbeit geht hierbei weitgehend chronologisch vor, d. h. zunächst werden die wesentlichen Etappen der EG-Gründungsphase und die anschliessende europapolitische Krise beschrieben, bevor diese dem Umbruch der letzten zwanzig Jahre gegenübergestellt werden. Die ersten Erfolge europäischer Einigung, sind nach Ziltener „auf einen Pakt zwischen den nationalen, vorwiegend politischen Eliten Westeuropas und der USA zurückzuführen" (S. 100). Die Monnet-Methode funktionaler Integration führte nicht nur zu einem sektorellen *spill-over*, sondern vermochte auch die Wirtschaftseliten und Interessenverbände miteinzubinden. Die damalige EG, vor allem die Agrarpolitik, diente nach Ziltener zur „Komplementarität und Absicherung" der „keynesianischen-korporatistischen Wohlfahrtsstaaten" Europas, die wiederum in einem US-dominierten liberalen Freihandelssystem eingebettet waren. Kurz: „Die europäische Ebene stärkte Staatlichkeit, sie stärkte den Nationalstaat, sie schwächte ihn nicht" (S. 124). Jedoch geriet die politische Gemeinschaft durch die Agrarfinanzprobleme, die von Frankreich erzwungene Vetooption, und das Scheitern der Wirtschafts- und Währungsunion bereits Ende der 60er Jahre in die Krise. Mit dem Ende des Festwährungssystems und der Wirtschaftskrise der 70er Jahre, verfiel die EG der Stagnation („Eurosklerose"), während die Nationalstaaten zunehmend ihre eigenen hausgemachten Krisenlösungen suchten.

Ein neuer Integrationsschub bahnte sich zwischen 1978 und 1986 an. Nach Ziltener gaben drei Prozesse den Anstoss: der Übergang der Finanzpolitik zum „Euromonetarismus", die Konvergenz nationaler Wirtschafspolitiken zur Austeritätspolitk (nach dem Scheitern von Mitterands keynesianischem Alleingang) und „die Herausbildung eines neuen „Elitenpaktes" zwischen staatlichen Instanzen und transnationalen Konzernen" (S. 132). Während die beiden ersten Prozesse wirtschaftspolitischer Umorientierung unumstritten einen Beitrag leisteten, so wird die These vom Elitenpakt bei manchen Lesern auf Widerspruch stossen. Als Beleg wird auf die Initiativen des *European Roundtable of Industrialists* und der EG-Kommission, im besonderen von Kommissar Davignon, hingewiesen. Diese Kräfte plädierten für einen europäischen Binnenmarkt, und damit für die Abschaffung nationaler protektionistischer Barrieren, damit die europäischen Unternehmen im Wettbewerb mit den transnationalen Konzernen der USA und Japans mithalten können. Tasächlich wurden diese Forderungen durch das 1992-Programm, die Einführung qualifizierten Mehrheitsentscheidungen in Binnenmarktfragen, wie auch durch die Rechtsprechungen des Eu-

ropäischen Gerichtshof (EuGH) zum Prinzip der gegenseitigen Anerkennung nationaler Standards, umgesetzt. Es bleibt trotzdem erklärungsbedürftig warum die Nationalstaaten, d. h. ihre Regierungen und ratifizierenden Parlamente, bereit waren Souveränitätsrechte aufzugeben. Der Autor verweist nur recht pauschal auf die Konvergenz nationaler Wirtschaftspolitik als Grund.

Statt diese These genauer zu belegen, versucht der Autor, die weiteren Integrationsmassnahmen seit der Europäischen Einheitsakte von 1986 zu skizzieren. Dabei wird ein relativ weites Panorama verschiedener Politikfelder aneinander gereiht: die zunehmende Forschung- und Entwicklungsförderung, die Liberalisierung in der Telekommunikationsbranche, die Finanzmarktderegulierung, die zunehmende EU-Regionalpolitik, die durch den GATT-Prozess erleichterte Agrarreform, und das Scheitern der „sozialen Dimension". Diese umfangreiche Inventarisierung so unterschiedlicher Politikfelder verwehrt leider die Möglichkeit einer näheren Analyse und Überprüfung der Hauptthesen. Statt dessen werden mehr oder weniger fundierte Thesen der Forschung affirmativ als Schlussfolgerungen gezogen. Es stellt sich dem Leser die Frage, ob es einer solchen umfangreichen Bestandsaufnahme bedarf, um die universalistische These eines Strukturwandels zu belegen. Angesichts der komplexen und unterschiedlichen Integrationsmuster, erscheint es wenig sinnvoll, nach einer Theorie „des" Strukturwandels von „Staatlichkeit" zu suchen. Interessanter wäre, sich auf jene Politikfelder zu konzentrieren, die besonders zum „Schumpeterianischen Leistungsstaat" beitragen, so z. B. die Bereiche der Forschungs- und Technologiepolitik oder der Regionalpolitik, denen der Autor „zentrale Selektions- und Steuerungsfunktionen" (S. 196) zuschreibt.

Der Hauptbeitrag des Buches besteht darin, den europäischen Integrationsprozess stärker von Seiten der Veränderungen der politischen Ökonomie und Weltwirtschaft zu deuten. Die Studie ist äusserst lesenswert als Überblick über den langfristigen Wandel der europäischen Integrationspolitik, im besonderen in Fragen der Wirtschafts-, Industrie- und Finanzpolitik. Viele der Thesen über den Strukturwandel der Steuerung verdienen Beachtung, jedoch scheint mir der Autor zu sehr Konvergenz nationaler Politiken, Intentionalität von Eliten und Gleichförmigkeit der Wirschaftsstrukturen als Vorausetzung und Motor der Integration anzunehmen. Ob dies wirklich der Fall ist, kann nur weitere soziologische Forschung aufdecken. Diese sollte auch die unterschiedlichen Rückwirkungen des Integrationsprozesses auf nationaler Ebene untersuchen. Europa besteht aus unterschiedlichen Gesellschafs- und Wirtschaftssystemen, die auch zu unterschiedlichen Interessenlagen führen, deshalb ist EU-Politik zwansgweise fragmentiert und subsidiär. Gerade aus Schweizer Perspektive, stellt sich auch die Frage, warum einige europäische Nationalstaaten eher und andere weniger bereit sind, ihre Staatlichkeit mit anderen kollektiv zu teilen. Schliesslich, ist das Konzept „Staatlichkeit" fraglich: gerade die neue europäische Integrationspolitik besteht – wie Ziltener ja selbst ausführt – in Deregulierung (also: weniger staatlicher Eingriffe) und der Teilung staatlicher Regulierung mit nicht-staatlichen Akteuren. Die methodische und theoretische Herausforderung der EU-Forschung besteht m. E. gerade darin, die Interaktion zwischen verschiedenen Akteuren im Mehrebenensystem zu analysieren. Dies hätte sicherlich den Rahmen einer Dissertation gesprengt, sollte aber in zukünftiger Forschung stärker berücksichtigt werden.

Bernhard Ebbinghaus
Center for European Studies, Harvard University, Cambridge (Mass.), USA und Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln, Deutschland

Thomas Klein und Wolfgang Lauterbach (Hg.), *Nichteheliche Lebensgemeinschaften. Analysen zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen*, Leske+Budrich, Opladen 1999, 326 Seiten, DM 48.—.

Der Aufbau des Buches orientiert sich an der dreigeteilten Zielsetzung, die in den letzten Jahrzehnten festzustellende Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften theoretisch zu erklären, sozialstrukturell zu beschreiben und diese Beziehungsform vergleichend zur Ehe zu analysieren: Im ersten Kapitel weisen Paul B. Hill und Johannes Kopp sowie Rosemarie Nave-Herz mögliche theoretische Zugänge zum Thema auf. Daran schliesst sich das zweite Kapitel, mit der Zielsetzung, nichteheliche Lebensgemeinschaften unter einer sozialstrukturellen Persepktive zu betrachten, an. Über Verbreitung und Entwicklung nichtehelicher Lebensgemeinschaften schreiben Thomas Klein und Stefan Gruber. Johannes Huinink vergleicht die Entscheidung zur nichtehelichen Lebensgemeinschaft in beiden Teilen Deutschlands, wie auch Andrea Lengerer, für die Ost-West-Unterschiede allerdings nur eine Dimension regionaler Unterschiede in Deutschland darstellen. In international vergleichender Persepektive stellt François Höpflinger die Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften dar. Einen diachronen Vergleich bietet Sylvia Möhle mit ihrer Untersuchung über Konkubinate. Abschliessend beschäftigen sich Thomas Klein, Jan Künzler und Wolfgang Lauterbach mit der Vergleichbarkeit nichtehelicher Lebensgemeinschaften und Ehen unter den Aspekten Partnerwahl, Arbeitsteilung, Dauer nichtehelicher Lebensgemeinschaften und deren Einfluss auf das Scheidungsrisiko.

Sowohl die auf der Austauschtheorie und der ökonomischen Theorie der Familie aufbauende mikroanalytische Perspektive, vorgestellt von Hill und Kopp, die „ein Entscheidungsmodell der Wahl zwischen (...) verschiedenen Lebensformen" (22) entwicklen wollen, als auch die makrosoziologische Perspektive der Differenzierungstheorie, die Nave-Herz einnimmt, sind für eine umfassende Analyse des Phänomens der Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften nicht ausreichend. Dies liegt u. a. daran, dass alle drei Autoren nichteheliche Lebensgemeinschaften durch die Abwesenheit von Kindern definieren, wodurch der Erklärungsanspruch ihrer theoretischen Argumente starke Einengung in räumlicher und zeitlicher Hinsicht erfährt. Wichtiger ist, dass durch die Einengung des Erklärungsanspruchs gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge nicht erkennbar und somit natürlich zwischengesellschaftliche oder auch innergesellschaftliche Variationen – wie im Falle Ost- und Westdeutschlands – nicht erklärbar sind. Allenfalls wird die Relevanz gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, die inhaltlich unbestimmt bleiben, betont (Hill und Kopp; Klein; Lengerer). So macht Lengerer die variierende Bedeutung von Normen und Werten, sozialer Kontrolle, Gelegenheitsstrukturen und selektiver Migration für regionale Unterschiede bezüglich der Entwicklung und Verbreitung nichtehelicher Lebensgemeinschaften verantwortlich. Sie begeht dabei den Fehler, die genannten Faktoren als a priori existierende zu betrachten. Daher kann es ihr nicht gelingen, ihre empirischen Befunde innerhalb ihrer eigenen theoretischen Argumentation schlüssig zu erklären: Regionale Unterschiede – beispielsweise in der Bedeutungszuweisung nichtehelicher Lebensgemeinschaften in städtischen Gebieten Westdeutschlands als Alternative zur Ehe und in ländlichen, westdeutschen Regionen und in Ostdeutschland als Vorstufe zur Ehe – erklärt sie „durch variierende sozialkulturelle Kontexte, weniger durch politische Systemeinflüsse" (162). Aufgrund der Argumentation müsste die Frage, ob Ostdeutschland und ländliche Regionen Westdeutschlands bezüglich analoger Bedeutung nicht-

ehelicher Lebensgemeinschaften als Vorstufe zur Ehe sozialkulturell vergleichbare Kontexte sind, mit „Ja" beantwortet werden. Dass dem nicht so ist belegt die von Huinink vorgestellte Analyse. Desweiteren bietet seine Arbeit einen auf der Lebensverlaufsforschung aufbauenden „theoretischen Rahmen (...), innerhalb dessen sich das Problem der Entscheidung zugunsten oder zuungunsten einer bestimmten Lebensform innerhalb des individuellen Lebensverlaufs bearbeiten lässt" (126).

Hill und Kopp erklären die Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften über das in Folge der Bildungsexpansion gestiegene formale Bildungsniveau von Frauen, welches die für sie anfallenden Opportunitätskosten, bei Aufrechterhaltung traditioneller ehelicher Arbeitsteilung, erhöht. Klein fragt in einem seiner Artikel ganz richtig, warum die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften von der innerhalb von Ehen abweichen sollte. Resultate empirischer Analysen und eigene Befunde, die auf Parallelen in der Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern in Ehen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften verweisen, präsentiert Künzler. Ohne diese zulässige Frage zu thematisieren, definieren Hill und Kopp nichteheliche Lebensgemeinschaften als „erweiterte Such- und Testphase" (27) für formal hoch qualifizierte Frauen. Analysen von Lauterbach stützen diese These nur bedingt. Hill und Kopp argumentieren weiter, dass der Übergang von einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft in eine Ehe erfolgt, um zu tätigende Investitionen – wie die Realisierung eines vorhandenen Kinderwunsches – zu sichern und damit die Exitkosten aus der Beziehung zu erhöhen. Wer Ausgestaltungen des Scheidungsrechts und unterschiedlicher Politikfelder unter den Begriffen der Investitionssicherung und Exitkostenerhöhung subsumiert, nimmt sich die Möglichkeit, das interessierende Phänomen der Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften in seiner Komplexität zu erfassen, adäquat zu erklären und die Zahl der sich aus dem empirischen Material ergebenden offenen Fragen zu reduzieren. Wie ist beispielsweise der von Gruber vorgetragene Befund zu erklären, dass die Zahl nichtehelicher Lebensgemeinschaften mit Kind im Zeitraum von 1972 bis 1996 stärker zugenommen hat, als die der nichtehelichen Lebensgemeinschaften ohne Kind? Wie ist weiterhin zu erklären, dass es in Ostdeutschland mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kind gibt als in Westdeutschland (Gruber; Huinink)? Welches sind die Gründe für den bekannten Umstand, dass unabhängig von den Folgen der Bildungsexpansion nach wie vor die Mehrzahl der Frauen nach Eheschliessung und Familiengründung ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen bzw. aufgeben (Huinink)? Ist dies doch besonders erstaunlich, wenn wir es laut Hill und Kopp mit formal hoch gebildeten Frauen zu tun haben, die sich der Höhe der Opportunitätskosten, die sich für sie durch eine traditionelle eheliche Arbeitsteilung ergeben, bewusst sind und daher die Suche nach dem richtigen Partner zur Vermeidung der Opportunitätskosten ausdehnen und eine nichteheliche Lebensgemeinschaft eingehen? Dies sind alles Fragen, deren Beantwortung ohne Bezugnahme auf sozialpolitische Massnahmen nicht in Sicht ist. Doch gerade die Relevanz dieser Dimension des Problems wird von Hill und Kopp, die davon ausgehen, dass nichteheliche Lebensgemeinschaften rechtlich nicht negativ sanktioniert sind, nicht gesehen. Kaum besser argumentiert Klein in einer Diskussion der vorliegenden theoretischen Ansätze zur Erklärung der Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften, wenn er von der Gleichwertigkeit von Ehen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften in der sozialpolitischen Diskussion ausgeht. Möhle dagegen weist in ihrer Analyse nichtehelicher Lebensgemeinschaften in historischer Perspektive explizit auf die rechtliche und sozialpoliti-

sche Ungleichbehandlung von Ehen und nichtehelichen Lebensgemeinschaften – auch gegenwärtig – hin. Sie kommt zu dem Resultat, dass sich das „Konkubinat (...) nicht durch die Andersartigkeit, sondern durch grösstmögliche Ähnlichkeit mit der Ehe (definierte). Daher waren die entscheidenden Elemente für seine Verfolgung der Ungehorsam und die Nichtbeachtung staatlicher Normen, nicht unsittliches Verhalten" (196).

Andererseits muss man Hill und Kopp zugute halten, dass sie die Entscheidung zwischen Ehe und nichtehelicher Lebengemeinschaft nicht als „simple, dichotome Wahl zwischen verschiedenen Zuständen oder Modellen" (30f.) begreifen; die Entscheidung für eine der beiden Beziehungsformen hat weitreichende Implikationen auch für andere Lebensbereiche. Eine weitergehende Berücksichtigung dieser Überlegungen könnte die noch offenen Fragen beantworten helfen. Doch muss hierfür kein theoretisches Modell in der Form eines „Entscheidungsbaumes" (31) konstruiert werden. Bezugnahmen auf Erkenntnisse der Lebensverlaufsforschung würden die enge theoretische Persepktive, aus der die Autoren argumentieren, erweitern und eine differenzierte Analyse ermöglichen, wie der Artikel von Huinink zeigt.

Manche der aufgeworfenen Fragen lassen sich mit der von Nave–Herz vertretenen makrosoziologischen Persepktive der Differenzierungstheorie ebenfalls nicht abschliessend beantworten: Für Nave-Herz sind die Leistungsanforderungen an das in Folge der Industrialisierung entstandene Ehe- und Familiensystem der „Gattenfamilie' (42) in den letzten zwanzig bis dreissig Jahren im Zuge der Bildungsexpansion und daran anschliessenden strukturellen familialen Veränderungen – wie das Hinterfragen traditioneller Geschlechtsrollen – derart gestiegen, dass zur Bewältigung der Anforderungen v. a. an die Eltern-Kind-Beziehung das bekannte Sinnkriterium der Partnerschaft aus dem System der Familie in eine neue Beziehungsform, ein neues System ausdifferenziert wurde: Die nichteheliche Lebensgemeinschaft. Aufgabe von Ehe und Familie ist damit die Nachwuchssicherung, die von nichtehelichen Lebensgemeinschaften liegt in der emotionalen Bedürfnisbefriedigung ihrer Mitglieder.

Abschliessend muss man sagen, dass eine zusammenfassende Diskussion der verschiedenen Beiträge seitens der Herausgeber wünschenswert gewesen wäre; eine Synthese zwischen den Versuchen, die Zunahme nichtehelicher Lebensgemeinschaften theoretisch zu begründen, und den vorgestellten empirischen Befunden. Ist es doch gerade diese Synthese, die (nicht allein) den soziologischen Gehalt jeden Versuches, gesellschaftliche Ereignisse, Zusammenhänge und Tatsachen zu erklären, ausmacht.

Yasemin Niephaus
Universität Heidelberg
Institut für Soziologie

Achim Brosziewski, *Unternehmerisches Handeln in moderner Gesellschaft. Eine wissenssoziologische Untersuchung mit einem Geleitwort von Peter Gross*, Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden 1997, 188 Seiten, DM 42.—.

Die Besprechung des Buches von Achim Brosziewski fällt mir nicht leicht, persönlich: weil seit der Zusage, es zu besprechen, zwischen Autor und Rezensent freundschaftliche Bande gespriesst sind – was weniger ein Risiko zur Beeinträchtigung der Kritikfähigkeit in sich birgt als die Gefahr, die Beziehung auf's Spiel zu setzen – und sachlich: weil hier auf der Grundlage der Hermeneutischen Wissenssoziologie im Anschluss an Peter L. Berger, Thomas Luckmann und Hans-Georg Soeffner, allerdings mit erheblichen

Anleihen bei der Systemtheorie von Niklas Luhmann, nicht mehr und nicht weniger als der Versuch einer Soziologie unternehmerischen Handelns vorgelegt wird, die zugleich den Rahmen einer Sozialgeschichte modernen Unternehmertums absteckt. Unternehmerisches Handeln versteht Brosziewski in einem weiten kultursoziologischen Sinne als Typus einer autonomen Lebensform, wodurch das Thema erst seine prägnante wirtschaftssoziologische Zuspitzung und Konkretion erhält. In seinem Doppelcharakter als existentielles Projekt und Trajektorie (im Sinne von Anselm Strauss) erweist sich unternehmerisches Handelns als Manifestation von Freiheit und Bindung, damit als moderner Typus sozialen Handelns autonomer Individuen. Diese von Georg Simmel und Niklas Luhmann inspirierte Reflexion übersteigt im Ansatz das, was der sogenannte Individualisierungsdiskurs in Theorie – und abgesunken in postmoderne Lebenswelten – gemeinhin bietet. Unternehmertum wird nicht als Inbegriff bürgerlicher Lebensweise genommen, sondern an konkreten Fällen als aktuelle Tendenz der Modernisierung der Lebensführung immer breiterer Schichten gefasst. Gegen den ausseralltäglichen Heroismus des charismatischen Unternehmers á la Joseph Schumpeter, der in der aktuellen Managementliteratur Urstände feiert, widmet sich Brosziewski lakonisch einem erweiterten Begriff unternehmerischen Handelns im Alltag. Berufssoziologische Aspekte werden nicht verfolgt; Beruflichkeit scheint in ihrer protestantischen Doppeldeutigkeit – Erwerbsarbeit und Berufung – nach Ansicht Brosziewskis an Relevanz zu verlieren und damit auch die Webersche Analyse des Problems.

Der wirtschaftliche Aspekt moderner Lebenswelten ist durch die Erfahrung eines Bedürfnisses und dessen Befriedigung gekennzeichnet, die an den Vorgang eines exklusiven Objektgebrauchs geknüpft ist. Nicht ein natürliches Bedürfnis und Arbeit als kultureller Eingriff in die Natur zur Aufhebung des Mangels – ethnologische Forschungen zeigen, dass gerade „Naturvölker" nicht notwendig unter Knappheit leiden, sondern einer Ökonomie der Verschwendung frönen, man denke nur an den potlatch u. a. Rituale – konstituieren „Wirtschaft" als Erfahrungs- und Handlungsfeld, sondern Egos Zugriff auf ein Objekt, mit dem es der Verwendung durch Alter entzogen wird. Knappheit ist also die Erfahrung einer sozialen Wechselwirkung, Folge einer ungleichen Wahrnehmung gleicher Chancen. Wert erhält ein Objekt, weil es sich real oder imaginär im Besitz eines anderen befindet. Auch wenn diese Einsicht nicht neu ist – man findet sie z. B. bei Susan Isaacs (1933)[1] und Claude Lévi-Strauss (1949)[2], Jean Piaget (1965)[3], und sie geistert seit Jacques Lacans Theorie des Mangels durch die Debatten des Poststrukturalismus – originell ist hier ihre wissenssoziologische Reformulierung: Wirtschaftliches Wissen ist, wie oben beschrieben, nach Exklusivitäten typisiert, und wirtschaftliches Handeln ist Handeln, das sich an Erfahrungen von Beschränkungen und darauf bezogenen Typisierungen orientiert. Mehr noch: typisch „modern" scheint sogar zu sein, dass Knappheit die Folge der gesteigerten Erfahrung von Alternativenreichtum ist (Alois Hahn), die dann „methodisch kontrolliert" von unternehmerisch Handelnden „ausgebeutet" wird. Wirtschaftliche Unternehmungen sind Trajektories (wenn man so will: in soziale Interaktionen und Wechselwirkungen eingeschlossene Projekte) – oder in Brosziewskis Formulierung: Arbeit am wirtschaftlich Möglichen. Unternehmerisches Handeln ist solches, dass sich am Risiko, d. h. Gelingen oder Scheitern solcher Trajektories

1 Isaacs, Susan (1933), Social Development in Young Children, London

2 Lévi-Strauss (1949). Les Structures Elementaires de la Parente, Paris

3 Piaget, Jean (1965), Etudes Sociologiques, Geneve

orientiert. Das ist erst in einer Marktwirtschaft möglich, also im Rahmen einer Vergesellschaftung auf der Basis von Interessenvermittlung, nicht im Rahmen einer am Ethos ständischer Lebensführung in einer auf Hauswirtschaft gründenden Vergemeinschaftung. In einer solchen Moralökonomie ist der Händler (als Typus) ein Fremder am Rande der Gemeinschaft; er lebt subsidiär vom Tausch der Überschüsse der Hauswirtschaften einer Gemeinschaft gegen die „Luxusprodukte" anderer, meist ferner Gemeinschaften, um so den Herren eine ihrem Stande gemässe Lebensführung zu ermöglichen. Dieses „notwendige Übel" suchte man daher bis ins europäische Mittelalter durch die Sanktionierung eines „gerechten Preises" einzudämmen. In Marktgesellschaften sind alle Mitglieder als Wirtschaftssubjekte einander Fremde, nämlich Gegenspieler in einer anonymen, rein strategisch an der Verwirklichung von Eigeninteressen orientierten Tauschbeziehung, die kein ethisches Band zwischen den Kontrahenten stiftet. Ein solches sachliches Vertragsverhältnis stiftet keine Anerkennung z. B. ständischer Lebensformen, sondern setzt bei den Akteuren wechselseitig lebenspraktische Autonomie schon voraus. Daher kann durch den Tausch die moralische Integrität der Personen nicht verletzt werden. Wo Fremdheit zum Normalfall im öffentlichen Verkehr wird, greift Moral nicht mehr – die Privatsache wird – und macht einer Hermeneutik der Leidenschaften und Interessen Platz. Albert Hirschman zufolge sind Interessen Mittler zwischen Leidenschaften, einschliesslich dem Willen zur Macht, die sie domestizieren, und der Vernunft, die sie verwirklichen helfen, denn Freiheit realisiert sich nur durch (Selbst-) Bindung. Die Einschränkung eigener Unabhängigkeit im Erleben und Handeln zugunsten der Abhängigkeit vom Erleben und Handeln anderer eröffnet Möglichkeiten, Freiheit im Handeln zu realisieren. Unternehmerisches Handeln, das persönliche Interesse am Risiko, kann daher als eine Möglichkeit angesehen werden, in der modernen Gesellschaft für sich und andere eine eigene Persönlichkeit herauszubilden, wie an den Biographien italienischer Kaufleute aus dem 16. Jahrhundert und biographischen Interviews mit modernen Unternehmern deutlich wird.

Nach der Bestimmung der Typik des Erfahrungsfeldes „Wirtschaft" widmet sich Brosziewski der Ausdeutung der inneren Logik unternehmerischen Handelns. Streng wissenssoziologisch leitet er diese nicht aus dogmatischen Setzungen einer wissenschaftlichen Disziplin ab, sondern rekonstruiert sie hermeneutisch aus den Objektivationen des für unternehmerische Praxis relevanten sozialen Wissens. Wissen ist – wissenssoziologisch – Problemlösung in einem historisch konkreten Erfahrungs- und Handlungsfeld, im Falle unternehmerischen Handelns objektiviert und institutionalisiert in der Buchführung. Die Erfindung und Anwendung dieser Methode konstituiert – auch im rechtlichen Sinne – den Unternehmer im Unterschied zum blossen Händler, der nicht mehr nur von einem Gefahrenzuschlag auf die Ware, sondern vom Risiko seines Unternehmens lebt, das die Gründung und Leitung eines Betriebes voraussetzt.

Doppelte Buchführung ist also mehr als eine Technik der Betriebsführung; sie ist zugleich eine soziale Institution. Nicht nur, dass der Unternehmer von der Sache her – „aussengeleitet" – zur doppelten Buchführung verpflichtet ist, sie wird ihm zum Modell einer methodischen – „innengeleiteten" – Lebensführung. Die Anwendung der Buchführung eröffnet dem unternehmerisch Handelnden wirtschaftliche Möglichkeiten, konstituiert das Feld rationalen wirtschaftlichen Handelns und Erfahrens jeden Tag auf's Neue. Bereits Max Weber hob die fundamentale Bedeutung der Buchhaltung für den modernen Kapitalismus und damit die Schriftlichkeit und das Aktenprinzip als Grundlage moderner Wirtschaftskultur hervor. Genau hier setzt Broszieswki ein und ver-

folgt diesen Gedanken im Lichte der neuesten Forschung zu Symbol, Schriftzeichen und Rechnen. Rechenhaftigkeit und Kalkül können nicht mehr als Wesen typisch moderner Rationalität gelten; Weber habe einerseits die Rationalität vormoderner Kulturen unterschätzt, andererseits fundamentale Unterschiede in der modernen Kultur unterbelichtet, so, wenn er die Anfang des 20. Jahrhunderts als Instrument der Manager und (Gross-) Betriebsführer erfundene ex post Kostenrechnung, also eine nachträgliche Legitimation bereits getroffener Entscheidungen, mit der Buchhaltung als Methode zur Bestimmung zukünftiger unternehmerischer Handlungsmöglichkeiten mehr oder weniger gleichsetze. An dieser Stelle fühlt man sich an das Problem des Controlling erinnert, das vielfach als Kostenkontrolle statt als unternehmerische Steuerungstechnik praktiziert wird.

Damit sind wir zur Kernthese der Arbeit vorgestossen, die im Grunde eine Kritik an der Schumpeterschen Theorie vom innovativen Unternehmer und der Weberschen Protestantismusthese bzw. der von beiden geteilten Hypothese von der Verbürokratisierung der modernen Welt ist, der der Unternehmer – bei Schumpeter gar der Kapitalismus als ganzer – schliesslich zum Opfer falle. Im Unterschied zu Schumpeter, für den Betrieb in the long run Tod des innovativen Unternehmertums bedeutet, gibt es aus der Sicht Brosziewskis gar kein unternehmerisches Handeln ohne Betrieb, aber auch keinen Betrieb ohne Unternehmen. Eine These von Dirk Baecker aufnehmend und variierend, sieht er in der Organisation, im Betrieb, prinzipiell für alle an der Organisation Interessierte – ganz gleich, ob vom Status her Selbständiger oder Angestellter – Möglichkeiten unternehmerischen, d. h. am Risiko des Gelingens oder Scheiterns orientiertes, persönliches Engagement an einem Projekt / einer Trajektorie. Das wirft allerdings die Frage auf, warum sein Gewährsmann Dirk Baecker dann von der Wiedereinführung der Unternehmung in die Organisation spricht? Sie muss dann ja wohl irgendwann einmal daraus entfleucht sein! Zumindest scheint mir damit die von Ökonomen als Principal-Agent-Problem verhandelte Frage noch nicht erledigt. Aber Brosziewski will ja den scheinbar auch bei Weber auf Fragen der Organisation und des Berufsethos fixierten Blick – eine nicht allgemein geteilte Lesart – für soziales Handeln öffnen. Der Unternehmer als historischer Phänotypus bürgerlicher Subjektivität mag, so Brosziewski, verschwunden sein, aber erstens sei unternehmerisches Handeln im durchaus modernen Sinne historisch älter als der von innerweltlicher Askese geprägte puritanische Unternehmer, und zweitens habe es sich in der Gegenwart von diesem ständischen Lebensstil gelöst und zu einer Pluralität von Lebensstilen generalisiert.

Schon die italienischen Kaufleute sahen sich trotz Katholizismus in einem persönlichen, nicht durch Priester vermittelten Verhältnis zu Gott, vor dem sie ihre nur dem Nachfolger offenbarten Geschäfte rechtfertigten, und lebten in innerweltlicher Askese, die dann im Protestantismus zur kirchlichen Lehrmeinung und Praxis generalisiert wurde. Weber machte bekanntlich die innerweltliche Askese als geistige Wurzel des okzidentalen Kapitalismus aus. Aber, so Brosziewski, die Grundlage rationalen ökonomischen Handelns kann nicht in der religiösen Lebensführung der Puritaner gesehen werden (hat das Weber so gesagt?), sondern die Buchhaltung zwang schon – wenn ich es richtig verstanden habe – den italienischen Kaufleuten eine Individualisierung ihres Verhältnisses zu Gott, damit einen durch innerweltliche Askese geprägten Habitus auf. In Umkehrung der Protestantismusthese müsste es dann heissen, die innerweltliche Askese und der Geist des Kapitalismus sei quasi aus der doppelten Buchhaltung als einer Form moderner Gewissensprüfung geboren worden. Die Moder-

nisierung wird dann auch nicht an das ständisch gebundene, puritanische Ethos bürgerlicher Lebensführung gebunden, sondern mit Simmel und Luhmann an funktionale Medien oder Techniken wie Geld bzw. Buchführung. Am Wirtschaften werde nur manifest, was für die moderne Vergesellschaftung im Unterschied zur traditionellen Vergemeinschaftung generell gelte: eine moderne Gesellschaft werde nicht über Moral und Ethos als lebensweltlicher und damit das Ganze übergreifender Sinnorientierung integriert, sondern über Interessen vermittelt. Was Brosziewski hier – wiederum von Luhmann inspiriert – über den Begriff des Interesses und die Entmoralisierung der Vergesellschaftung ausführt, um auf dieser Folie seine Idee von unternehmerischem Handeln zu entfalten, liest sich spannend, auch wenn man zu bedenken geben muss, dass diese Argumente soweit von Webers Vorstellungen gar nicht abweichen. Aber so sympathisch Luhmanns „Lob der Routine" sein mag – trägt es doch dazu bei, den Alltag und seine Leistungsfähigkeit unter nüchternem Blick zu sehen und viel von dem Gerede angeblich charismatischer Unternehmer als Metaphorik zu entlarven – so liegt darin aber auch die Gefahr, die Leistungsfähigkeit von Verfahren zu überschätzen. Hinsichtlich des von Brosziewski vorgeschlagenen erweiterten Begriffs unternehmerischen Handelns drängt sich die Frage auf, ob er nicht zu unspezifisch ist; ein Verdacht, der insbesondere bei den Fällen aufkommt, bei denen nicht die Hingabe ans Geschäft habitusbildend wirkt, sondern das Geschäft nur Mittel zur Realisierung eines Selbstverwirklichungsprogramms geworden ist, ein unternehmerischer Habitus aber, nämlich Risikofreude und nicht bloss Mut, eindeutig fehlt. Hier könnte man sich fragen, ob man nicht zwischen Selbständigen und Unternehmern als unterschiedlichen Typen der Lebensführung und -stilisierung unterscheiden sollte (Michael Thomas, 1996[4]).

Brosziewskis Arbeit ist in seinem Vorgehen noch der empirischen Wissenssoziologie im Sinne Berger-Luckmanns verpflichtet – und bietet eine hervorragende Einleitung in dieses Paradigma – ,aber es ist nicht unschwer zu erkennen, wessen Geistes Kind das in Anschlag gebrachte, wenn auch nicht explizierte Gesellschaftsmodell ist; es stammt von Luhmann. Sollten diese beiden Konstruktivismen wirklich so kompatibel gemacht werden können, wie es in Brosziewskis Arbeit scheint? Gibt es da keine Probleme zwischen Handlungs- und Systemtheorie? Ist nicht schon die Prämisse, dass Wissen eine Problemlösung repräsentiere, mit Luhmann unvereinbar, der das schlicht für einen naiven Glauben gehalten hat und davon ausging, dass Probleme nicht nur nicht lösbar sind, auch gar nicht gelöst, sondern kommuniziert werden sollten, damit – und das ist der Witz – überhaupt Gesellschaft existiert.

Im Ganzen ein höchst interessantes und lehrreiches Buch, das zumindest mir viele neue Einsichten vermittelt und vor allem Fragen aufgeworfen hat. Auf den einzelnen Etappen der Problementfaltung stösst man zudem immer wieder auf lesenswerte kritische Auseinandersetzungen mit momentan dominanten „Schulen" der Soziologie, deren Leistungen, aber auch Grenzen souverän benannt werden. Was kann ein wissenschaftliches Buch mehr leisten? Ich empfehle es daher jedem, der sich mit Unternehmen und Unternehmern beschäftigt, aber auch jedem, der sich für intelligente Fragen an die Gesellschaft, in der wir leben, interessiert.

Dirk Tänzler
Fachbereich Sozologie und Geschichte
Universität Konstanz

4 Thomas, Michael (1997), Selbständige-Gründer-Unternehmer. Passagen und Passformen im Umbruch, Berlin